

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags,
Bezugspreis monatlich Mk. 7.00, vierteljährlich 21.00
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 22.50 einschließlich Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Preizzeile oder deren
Raum 1 Mk., auswärtig 1,20 Mk., Reklamezeilen
Mk. 3.00, bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gaf in Wildbad.

Nummer 297

Februar 179

Wildbad, Montag den 19. Dezember 1921

Februar 179

55 Jahrgang

Tagespiegel.

Es wird gemeldet, daß die Reichsregierung die durch Reichstagsbeschluss vom 16. Dezember aufgehobenen Ausnahmeverordnungen des Reichspräsidenten gegen Staatsbedrohung usw. durch reichsgesetzliche Regelungen zu ersetzen beabsichtigt.

Die Hamburg-Amerika-Linie hat den Reise- und Frachtdampfer „Thessalia“ (7500 Tonnen) und die beiden Dampfer „Emden“ (9273 Tonnen) und „Siguria“ (7700 Tonnen) aus englischem Besitz zurückgekauft.

Im englischen Unterhaus wurde mitgeteilt, daß die Admiralität einen Vertrag für den Abbruch einer Anzahl englischer Kriegsschiffe in Deutschland abgeschlossen habe, nachdem kein Versuch unternommen sei, die Schiffe zum Abbruch auf dem englischen Markt unterzubringen.

Neuer meldet: Die japanische Abordnung der Washingtoner Konferenz hat das chinesische Angebot von 53 Millionen Goldmark für die Eisenbahn Santschan-Sinan in unter Vorbehalt der Zustimmung der Regierung in Tokio angenommen.

Der Schwindel der Enschädigungen.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht in Paris oder London irgendein neuer Entschädigungsplan ausgeheckt wird. Nachdem Amerika sich in allen unangenehmen Fragen grundsätzlich zu der Politik bekannt hat, sich in Europa „desinteressiert“ zu zeigen, sofern es nur seine Geldforderungen an die ehemaligen Verbündeten garantiert erhält, und nachdem England ebenso grundsätzlich Deutschland als Ausgleichsobjekt bei allen Meinungsverschiedenheiten mit Frankreich behandelt, kommen alle diese Entschädigungspläne nur noch darauf hinaus, wie Frankreich das deutsche Volk am gründlichsten ausplündern und den deutschen Arbeiter am sichersten an die Elfenbeintürleiten fesseln kann. Es ist schon öfters auf die schmerzliche Tatsache verwiesen worden, daß unsere Unterhändler in dem Wiesbadener Abkommen noch einmal 62 000 Pferde, 25 000 Rinder und 25 000 Schafe über das hinaus versprochen haben, was wir nach dem Versailler Vertrag zu leisten übernommen haben, nämlich 30 500 Pferde und 92 000 Stück Rindvieh an Frankreich und 10 200 Pferde und 92 000 Stück Rindvieh an Belgien.

Ab und zu hört man, daß in dieser oder jener Stadt eine feindliche Viehablieferungskommission eingesetzt sei und entnimmt daraus, daß die deutsche Viehablieferung noch immer im Gang ist, was wir ja außerdem an der Milchknappheit im Land deutlich zu spüren haben. Jetzt ist sogar das im Krieg einst schmählich besiegte Rumänien auf dem Plan erschienen, um — mit dem Nord von 4000 deutschen Kriegsgefangenen im Lager von Sibote auf dem Gewissen — auf dem Umweg über den Versailler Vertrag seiner verlorrenen Viehwirtschaft durch gutes deutsches Zuchtvieh aufzuhelfen. Das Geheimnis dieser Zwangsablieferung besteht mit darin, daß die sonst unentreibbaren Requisitionsscheine österreichischer und bulgarischer Truppen, die im Besitz der rumänischen Regierung sind, der Einfachheit halber in Deutschland eingetriben werden.

Der Grundgedanke dieser Viehablieferung ist der, daß jedem Bauer, dem im Krieg Vieh genommen worden ist, Stück um Stück dieser Verlust wieder ersetzt werden soll. Daß mit diesem Grundgedanken aber schließlich Schindler gepöbelt, daß aus dem Erlös des Bestorenen durch Lieferung deutschen Viehs, Stück um Stück, ein ganz gemeines Handelsgeschäft geworden ist, bei dem sich nur die Händler der feindlichen Staaten und ihr gewissenloser Anhang ebenso wie ihre Hintermänner in der Regierung bereichern, daß diese ganze Entschädigungspolitik ein Schwindel geworden ist, das hat vor kurzem erst eine Meldung aus Belgien enthüllt. Es wurde von der Entrüstung berichtet, die in Serbien darüber herrsche, daß die von Deutschland gelieferten Pferde underner 17 000 Däsen und 60 000 Schafe teils meistbietend verkauft oder — die 17 000 Däsen — in Laibach geschlachtet und dort verkauft seien, anstatt daß diese von deutscher Seite mit unerhörten Opfern zusammengebracht

ten Tiere der serbischen Landwirtschaft zugute gekommen seien.

Was für Augen würden nun aber erst die Leute in Belgien machen, wenn sie wüssten, zu wem diese Summe die deutsche Viehablieferung an Belgien ausgeartet ist. Eine Zuschrift vom Rhein an die „Leipz. N. Nachr.“ bestätigt, daß weder in Nordfrankreich noch in Belgien ein Viehmangel mehr besteht, im Gegenteil, beide Länder haben dank der deutschen Zwangslieferungen einen Ueberfluß an Vieh, wie das von Mitgliedern der fremden Kommissionen auch offen zugegeben wird. Da wir im Lande keine Pferde mehr haben, um die hochgespannten Forderungen zu befriedigen — da uns die Feinde durchweg ostpreussische Enten für ihre Kavallerie verlangt haben, ist die Pferde-Schlacht überhaupt bei uns fast verschwunden —, so müssen wir die noch an unsere Feinde vertragsmäßig zu liefernden Pferde im Ausland kaufen. Nun hat Belgien, das von uns stark mit Pferden belieferte Belgien, einen solchen Ueberfluß an Pferden, und zwar an gutem Zuchtmaterial, daß es eine beträchtliche Ausfuhr von Pferden hat. Und so kommen wir die Pferde, die an Belgien zu liefern sind, sehr gut für teures Geld in Holland kaufen, wohin sie über die belgische Grenze gekommen waren. Es waren sogar meist die selben Tiere, die von der rheinischen Ablieferung nach Belgien und von da auf den holländischen Markt mehrmals bei der Rundreise antraten.

Da die Belgier von uns belgische Zuchtstuten verlangen, die belgische Zucht im Rheinland aber längst aus dem Land ist, so kaufen wir heute das Pferdmaterial, das die Belgier verlangen, in Belgien selber. Mit ernstlicher Miene hat Belgien nämlich die Ausfuhr von Pferden für die auch nach Deutschland erst ist, und so werden gegenwärtig Hunderte, ja Tausende von belgischen Pferden, die wir mit unserer auf ein paar Pennig entwerteten Mark bezahlen müssen, immer hin und her gefahren, um in Belgien angelommen, alsbald, wie eine Angel auf der Kegelbahn, wieder auf die Bahn gesetzt und nach Deutschland verladen zu werden, bis die Summe der abzuliefernden Tiere erreicht sein wird. Nur die Ausfuhr nach unten, so heißt es in der Zuschrift, bleibt auf deutschem Boden. Die besten Tiere suchen die Belgier immer von neuem aus, und die Reise kann wieder beginnen. Natürlich verdienen die Händler dabei Unsummen aus der Tasche des deutschen Volks, soweit dieses überhaupt noch Steuern zahlen kann.

Zu einem solchen Schiebergeschäft ist die Pferdeablieferung an Belgien geworden. Durch diesen Humpelzug wird die Täuschung aufrecht erhalten, als sei Deutschland überhaupt noch in der Lage, Vieh abzuliefern. Wenn die ganzen Akten auf den Tisch gelegt, wenn in einer Note, die zur Kenntnis der Völker Welt und nicht nur der Regierungen kommt, dieser ganze Schwindel aufgedeckt würde, so würde die Einsicht, daß man nichts Unmögliches aus einem schnell verarmenden Volk herauspressen kann, doch um einen wesentlichen Schritt gefördert werden.

Nach der Zahlungsunfähigkeitserklärung.

Berlin, 18. Dez. Die Erklärung der Zahlungsunfähigkeit durch die Reichsregierung an den Verband beherrscht überall das Tagesgespräch. Während die Vollziehungen des Reichstags bei schwacher Beteiligung ohne viel Interesse verliefen, war es in den Ausschüssen und in den Wandelgängen umso lebhafter. Hier wurde die neue Lage mit ihren Möglichkeiten eifrig besprochen. In der vertraulichen Sitzung des Reichstagsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten soll Stinnes, wie in Reichstagskreisen erzählt wird, auf die (bereits gemeldete) Rede des Reichskanzlers ausführlich geantwortet und insbesondere die Pläne Rathenau's einer scharfen Kritik unterzogen haben, der der außeramtliche Leiter der jetzigen Regierung sei. Die einzige Rettung aus der herausbeschworenen Krise sei ein fester Kurs in der auswärtigen Politik und eine auf breiter Grundlage aufgebaute Regierung, die mit der Wirtschaft im Innern und dem Schuldenmachen aufträme. Abg. Dr. Helfferich tabelte es, daß der Reichskanzler weitere „Erfüllung“ versprochen und nur um Aufschub gebeten habe, statt daß er den Fingerzeig der Bank von England, die Deutschland für solange als kreditunwürdig bezeichnete, als es unter den Auflagen des Ultimatums stehe, benutzte und erklärt hätte, der Vertrag von Versailles sei unerfüllbar und verlange auf Grund des Paragraphen 243 die sofortige Nachbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

Deutschlands. Der Aufschub werde doch nicht gewährt werden und er hätte auch wenig Wert, da Deutschland doch vierteljährlich 800 Millionen Goldmark zu zahlen hätte, wozu es nie imstande sei. Die Antwort der Bank von England soll übrigens nach den Äußerungen verschiedener Abgeordneter schon am 13. oder am 14. Dezember in den Händen der Reichsregierung gewesen sein.

Die Ansicht des Reichskanzlers, am Dienstag im Reichstag eine Vertrauensabstimmung herbeizuführen und noch einmal das Wort zu ergreifen, soll, wie verlautet, aufgegeben worden sei. Auch die Bildung der „großen Koalition“ sei wieder in den Hintergrund getreten. Die Sozialdemokratie wolle zuerst eine Klärung der Steuerfragen abwarten, die Demokraten nehmen eine zurückhaltende Stellung ein. Das Zentrum möchte die Koalitionsfrage jetzt nicht innerpolitisch sehen, um die gesamte Lage nicht noch durch ungerollte Schwierigkeiten zu verschärfen.

Die Berliner Börse hat sich von ihrem „Schrecken“, der den Dollarkurs wieder auf 204 hinauffschleun ließ, etwas erholt und befindet sich wieder in hoffnungsvollere Stimmung.

Ablehnung des Aufschubs?

Paris, 18. Dez. Wie der „Matin“ mitteilt, hat die Wiederherstellungskommission am Freitag fast den ganzen Tag beraten und darauf ihre einstimmige Antwort auf die deutsche Note an ihren Vertreter in Berlin übermittelt. Nach dem „Journal“ verharret die Kommission darauf, daß Deutschland die Zahlungen vom 15. Januar und 15. Februar leiste. Einen Aufschub für die späteren Zahlungen zu erwägen, weigert sich die Kommission, solange Deutschland nicht genau sage, was es unter „Moratorium“ verstanden wissen wolle und welche Bürgschaften es dafür bieten werde.

Der Pariser Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt, es sei durchaus wahrscheinlich, daß die Wiederherstellungskommission auf der Erfüllung der deutschen Zahlungen bestehe und es daher ablehnen werde, den nachgesuchten Aufschub zu genehmigen.

Stimmen der Verbandspresse.

Paris, 18. Dez. Die Pariser Blätter sind überwiegend der Meinung, Deutschland müsse unter finanzielle Aufsicht des Verbands gestellt werden. Die Anleihe in England habe nicht zustande kommen können, weil man einem Land, das sich selbst zugrunde richte, nichts leihe. Nach dem Friedensvertrag komme ein Zahlungsaufschub nur in Betracht, wenn Deutschland außerstande sei, zu bezahlen. Das sei aber nicht der Fall. Eine Abschlagszahlung anzunehmen und für den Rest Aufschub zu gewähren, wäre eine ungeheuerliche Neuerung. Wenn nicht militärische „Sanktionen“ angewendet werden sollen, so müsse wenigstens eine Gewähr für die künftigen Zahlungen vorhanden sein.

London, 18. Dez. Reuter meldet, die deutsche Note sei der britischen Regierung nicht überraschend gekommen; es sei gut, daß man das Schlimmste wisse. Jetzt müsse man die Gesamtfrage zur Entscheidung bringen. Es bestehe aber keine Neigung, jetzt schon den britischen Standpunkt darzulegen. „Daily Mail“ und die „Times“ meinen, die deutsche Note werde niemand in England oder Frankreich milder gegen den Ausschützte machenden Schuldner stimmen; es sei eine unverschämte Ablehnung der Verpflichtungen.

Der Pariser Berichterstatter des „Daily Telegraph“ weist auf das vollkommene Stillstehen der französischen amtlichen Kreise auf die deutsche Note hin. In dem Bericht heißt es weiter: Es wäre nötig, daß in London nächste Woche oder auf der darauffolgenden Zusammenkunft des Obersten Rates und später auf einer Konferenz der Welt- oder der europäischen Finanziers das Problem erörtert werden müßte, wie man Deutschland dabei unterstützen und wenn nötig, dazu zwingen, geordnete Finanzmethoden anzunehmen. Der unaufhörliche Strom von Papiergeld müsse aufgehalten werden. Von den bisher in London vom Schatzamt und von den anderen Sachverständigen vorbereiteten zahlreichen technischen Plänen, wie z. B. zeitweilige Aufhebung der deutschen Zollgebühren für Waren, die aus den Verbandsländern nach Deutschland eingeführt werden, sei bisher von der Regierung noch keiner endgültig angenommen worden. Wenn irgendeiner dieser Pläne angenommen werden sollte, so wäre die Zustimmung der verbündeten Regierungen und der Wiederherstellungskommission erforderlich. Die allgemein verbreitete Ansicht, daß der Selbstvertrauen aus dem Rest des Goldschates der Reichsbank entnommen werden könnte, sei ein Trugschluss. Der unmittelbare Erfolg einer weiteren Schwächung dieses Goldbestands würde eine noch nie da gewesene

Entwertung der Mark sein. Eine Hypothese der Verbündeten auf den Goldschlag sei eine Frage. Sie sei bereits früher aufgeworfen worden, als die Entente die Ueberführung des Goldes in das besetzte Gebiet und seine Ueberwachung durch die Verbündeten forderte. Das Ergebnis sei jedoch für die deutsche Wirtschaft und für die Gläubiger Deutschlands ungünstig gewesen.

Neues vom Tage.

Die neue Form der Einkommensteuer.

Berlin, 18. Dez. Im Reichstagsausschuss für Steuervorlagen wurde unter Zugrundelegung eines Antrags Becker (D.V.) und Lange-Hegermann (Zentr.) eine neue Fassung der Einkommensteuergesetzgebung angenommen, die folgende Staffelung vorsieht: für die ersten angefangenen oder vollen 50 000 M. 10 Proz., für die weiteren 10 000 M. 15 Proz., für die weiteren 20 000 M. 20 Proz., für die weiteren 20 000 M. 25 Prozent, für die weiteren 100 000 M. 30 Proz., für die weiteren 100 000 M. 35 Proz., für die weiteren 200 000 M. 40 Proz., für die weiteren 500 000 M. 45 Proz., für die weiteren 500 000 M. 55 Proz., für die weiteren Beträge 60 Proz. Die neue Gesetzesvorlage, in der das Rechnungsjahr durch das Kalenderjahr ersetzt wird, soll mit Wirkung vom 1. Januar in Kraft treten.

Nähertritt der Salzburger Landesregierung.

Salzburg, 18. Dez. Im Landtag kam es gestern bei der Aussprache über die Beantwortung der sozialistischen Interpellation über die Ueberleitung der Kirche in Hallein an die Mikattholiken zu stürmischen Szenen. Der Sozialist Baumgartner beantragte die Nichtkenntnisnahme der Interpellations-Beantwortung. In namentlicher Abstimmung wurde dieser Antrag mit 17 sozialistischen und 2 großdeutschen Stimmen gegen 16 christlich-soziale Stimmen angenommen. Daraufhin erklärten der Landeshauptmann und drei christlich-soziale Mitglieder, daß die Landesregierung zurücktrete.

Schwache Verträuensabstimmung für Briand.

Paris, 18. Dez. Der Senat hat in einer Nachtigung die Anfrage über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan beendigt. Es lagen zwei Tagesordnungen vor, eine Tagesordnung der Linken, sowie eine Tagesordnung der Parteien der mittleren Richtung. Die erstere ist mit 165 gegen 125 Stimmen abgelehnt worden, die letztere ist mit 174 gegen 129 Stimmen angenommen worden. Die angenommene Tagesordnung besagt: Der Senat billigt die Erklärung der Regierung im Vertrauen darauf, daß sie die republikanischen Gesetze anwende.

Europäische Wirtschaftskonferenz.

London, 18. Dez. „Manchester Guardian“ meldet, Lloyd George beabsichtige eine allgemeine europäische Konferenz über den wirtschaftlichen Wiederaufbau vorzuschlagen. Diese werde in erster Linie eine Konferenz der Verbündeten sein. Es würden jedoch auch die Ansichten Deutschlands und Oesterreichs angehört werden.

Das irische Abkommen von England angenommen.

London, 18. Dez. Das Unterhaus hat das irische Abkommen mit 401 gegen 58 Stimmen gutgeheißen, das Oberhaus hat das Abkommen mit 166 gegen 47 Stimmen gebilligt.

Friedensvertrag und Verbandschulden.

New York, 18. Dez. Senator Borah von der Partei der Unversöhnlichen (gegen den Völkerbundsvertrag) erklärte in einer Rede, die Wohlfahrt der gesamten Welt hänge von der völligen Revision des Versailleser Vertrags, von der Abrüstung aller Länder und davon ab, daß das Schicksal der Völker nicht mehr durch Gewalt entschieden werden. Er werde im Senat völlige Annullierung der europäischen Schulden gegenüber Amerika beantragen, aber nur unter der Bedingung, daß Europa den Vertrag von Versailles abändere.

Keine Regierungskrise.

Berlin, 18. Dez. Die dem Reichskanzler nahestehende „Germania“ erfährt, von einer Regierungskrise könne nicht die Rede sein. Theoretisch könne von einer solchen nur die Rede sein, wenn irgend ein Ergebnis der Regierungspolitik vorliege. Daß andererseits der

Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung den Kredit in die Autorität der Regierung zu stärken geeignet wäre, sei sicher. Der erste Schritt dazu müsse von der deutschen Volkspartei ausgehen und die Voraussetzung wäre, daß die Partei sich zu den Richtlinien der auswärtigen Regierungspolitik bekenne.

Ernährungsmaßnahmen der bayerischen Regierung.

München, 18. Dez. Im Wirtschaftsausschuss des Landtags wurde die Gefährdung der Volksernährung durch die im nächsten Jahr stattfindende Gewerkschaft in München und die Oberammergauer Passionsspiele besprochen. Schon jetzt werden Lebensmittel angekauft und die Bevölkerung befindet sich in begreiflicher Aufregung. Die Regierung will mit den Reichsstellen Verhandlungen anknüpfen, damit billige Lebensmittel für die Bevölkerung beschafft würden.

Eine Spur der Mörder Erzbergers?

Vormund, 18. Dez. Die Polizeidirektion teilt mit: Vor einigen Tagen wurde der 20 Jahre alte Student Heinrich Dieh aus Stuttgart unter dem Verdacht der Mittäterschaft und Mitwisserschaft an dem Mord an Erzberger verhaftet. Er wohnte seit einigen Wochen in der Leipzigerstraße 7, ohne sich angemeldet zu haben.

Die Antwort der Wiederherstellungskommission.

Paris, 18. Dez. (Havas.) Die an die deutsche Reichsregierung von der Wiederherstellungskommission gerichtete Antwort auf das Ersuchen um einen Zahlungsausschub hat folgenden Inhalt: Die Kommission kann nur ihrer Ueberraschung darüber Ausdruck geben, daß in dem Brief des Kanzlers keine genauen Angaben enthalten sind, weder bezüglich der Devisen, die die Reichsregierung an jedem der Verfalltage, also am 15. Januar und 15. Februar bereitstellen kann, noch betreffs der Dauer des Ausschubs, der erbeten wird, um den Rest zu begleichen, noch betreffs der Garantien, die in der Zwischenzeit aneboten werden. Wenn die Kommission diese Einzelheiten nicht erfährt, und solange sie sie nicht erfahren hat, ist es ihr unmöglich, das Gesuch der deutschen Regierung in Berücksichtigung zu ziehen oder auch nur zu prüfen. Die Kommission stellt mit Bedauern in dem Brief des Kanzlers das Fehlen irgend eines Hinweises auf die Maßnahmen fest, die er angewandt hat, oder anwenden will, um den von der Kommission in ihrer mündlichen Erklärung vom 13. November und in dem Brief vom 2. Dezember, auf den die Kommission seine besondere Aufmerksamkeit lenkt, ausgeprochenen Wünschen (die bekannten „Bedingungen“) nachzukommen.

England und Amerika gegen die französische Flottenforderung.

London, 18. Dez. Reuter berichtet aus Washington: Wenn das von Frankreich unterbreitete Flottenbauprogramm tatsächlich durchgeführt wird, so bedeutet das, daß Frankreich und Italien 200 000 Tonnen mehr an Großlampstonnage haben werden, als Amerika oder Großbritannien. Diese Schiffe würden 10 Millionen Pfund Sterling kosten. Bei den wirtschaftlichen Verhältnissen in Europa ist es schwer einzusehen, woher das Geld für ein so ausgedehntes Bauprogramm kommen soll. Großbritannien erkennt das Recht Frankreichs an, eine angemessene Flotte zu besitzen, ist jedoch der Ansicht, daß die französische Forderung übertrieben ist. Außerdem würde ein solches Programm das augenblickliche amerikanische und englische Programm umwerfen. Wie verlautet, sind die Amerikaner im allgemeinen der gleichen Ansicht wie England und widersetzen sich dem französischen Standpunkt aus ähnlichen Gründen.

England baut zwei neue Kriegsschiffe.

London, 18. Dez. Wie die Blätter melden, wird England auf Grund des Abrüstungsplans, auf den man sich in Washington endgültig geeinigt hat, vielleicht zwei neue Kriegsschiffe bauen. „Daily Chronicle“ schreibt, das sei eine unwillkommene Uebertragung für den britischen Steuerzahler.

London, 18. Dez. Die „Times“ behaupten, die deutschen Bankiers schätzen die ins Ausland verkauften Markdevisen auf 90 Milliarden. Die Reichsbank habe noch 993 Millionen Goldmark. Es sei also, sagt das Blatt, kein Zweifel, daß Deutschland bezahlen könne und müsse.

Reichstag.

Berlin, 18. Dez.

Auf eine im Reichstag gestellte Frage wurde von der Regierung erwidert, daß sich die Ministerien geeinigt haben, die Kündigungsfrist für die Beamten der unteren Befolungsgruppen nach Ablauf der Frist zu streichen. Das Brennrecht für Kartoffeln sei mit Rücksicht auf die Kartoffeln auf 33 1/2 Prozent beschränkt. Ein Verbot der Spiritusbrennerei komme nicht in Frage. Die aus dem Branntweinmonopol angewandten Mittel zur Bekämpfung des Alkoholismus, der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten würden in dem neuen Gesetz wesentlich erhöht. Für ein allg. meines Alkoholverbot könne sich die Regierung nicht aussprechen.

Nach Annahme der Gesetzesvorlage betreffend die Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über die Bewertung von Militärgut bis Ende 1922 und betreffend Anlegung von Prämien-Rücklagen privater Versicherungsunternehmen trat das Haus in die Beratung der Anträge Barz (Komm.), Bergt (D.Natl.) und Frau Agnes (U.S.P.) auf sofortige Auserkraftsetzung der Ausnahmeverordnungen des Reichspräsidenten ein, in deren Verlauf der bayerische Gesandte von Preger eine Erklärung über die Aufhebung der Ausnahmebestimmungen in Bayern abgab und sagte, daß seine Regierung die Zeit für die Aufhebung dieser Bestimmungen noch nicht für gekommen erachte. Ein im Lauf der Beratungen eingegangener Antrag Stresemann wollte die Verordnungen am 31. Januar 1922 außer Kraft treten lassen.

Nach längerer Aussprache wurden die oben erwähnten drei Anträge auf sofortige Aufhebung angenommen, nachdem der Ausschussantrag, diese Anträge aus verfassungsrechtlichen, tatsächlichen und rechtlichen Gründen abzulehnen, durch Hammelsprung mit 160 gegen 142 Stimmen abgelehnt worden war.

Berlin, 17. Dez.

Das Gesetz betr. Wochenhilfe und Wochenfürsorge wird mit einer Änderung, wonach das Stillsitzen mindestens 450 Mark (statt 3 Mark) betragen soll, in 3. Lesung angenommen, ebenso das Gesetz über die Neuordnung der Zulagen und der Abfindung in der Unfallversicherung.

Der Gesetzesentwurf betr. die öffentliche Bekanntmachung von Verurteilungen wegen Preistreiberi, Schleichhandels, verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände und unzulässigen Handels wird trotz des Widerspruchs des Reichsjustizministers einem Ausschuss überwiesen.

Es folgt die 2. Lesung des Entwurfs zur Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafe. Darnach kann auch bei Vergehen, wegen deren bis zu 3 Monaten (Vorlage 1 Monat) Gefängnis verhängt worden ist, diese Strafen in Geldstrafe umgewandelt werden. Bei der Ersetzung der Gefängnisstrafe durch die Geldstrafe soll der Staatsanwalt nur „gehört“ werden.

Reichsjustizminister Radbruch: Die Tendenz des Entwurfs geht dahin, Freiheitsstrafen unter 3 Monaten überhaupt zu beseitigen. Der Richter muß aber von Fall zu Fall freie Hand behalten. Die freiwillige Arbeit statt Strafe soll ebenfalls den Charakter als Strafe nicht haben.

Die Vorlage wird in der Ausschussfassung (3 Monate) in 2. und 3. Lesung angenommen.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Geldmarkt. Am Donnerstagabend wurde die Note des Reichskanzlers an den Präsidenten der Wiederherstellungskommission in Paris bekanntgegeben, worin Deutschland sich wegen Scheiterns der Kreditanleihe in England außerhande erklärt, die am 15. Januar fällig werdende Note zu bezahlen, und sowohl für diese wie auch für die folgende Note vom 15. Februar Zahlungsausschub beantragt. Eine Wirkung dieses Schritts auf den Geldmarkt kann nicht ausbleiben. Die Schwankungen der deutschen Saluta wog-

Die Wirtin „z. goldenen Lamm“.

Kriminalroman von Otto Böder.

26. (Nachdruck verboten.)

Bergeblisch suchte ihr Mann sie zu beschwichtigen. „Denken“, schmeichelte er sanft, „da ist kein Grund zur Aufregung. Daß die Herren sich irren, sie sollen es mir abbiten müssen, denn freilich bin ich unschuldig, das ist doch selbstverständlich!“

Sie schrie nur von neuem wie im Wahnsinn, als die Beamten sie nun so schonend wie möglich von ihrem Manne trennten. Einen Augenblick schwankte sie auf der Stelle, dann warf sie sich mit gerungenen Händen neuerlich vor den Amtsrat nieder. „Mag es um meinen armen Vater denn geschehen sein — und wenn sie ihn darum auch finden und ins Zuchthaus schleppen... aber das leide ich nicht. Ich will es sagen, was ich weiß — das Geld —“

„Aber denken, so warte doch noch ein paar Tage damit“, mahnte ihr Mann, „was ist dabei, wenn sie mich heute auch fortführen, denk! an deinen armen Vater —“

„Nein, nein, ich kann nicht ohne dich sein.“ schluchzte die Unglückliche, „mag Gott mir verzeihen, bringe ich ihn ins Unglück!“ Schreiend sich zum Amtsrat wendend, setzte sie hinzu: „Das Geld ist von meinem Vater. Er kam vorigen Abend zu uns und wir verbargen ihn, weil er doch verfolgt wurde. Wie mein Mann die Kunde aus dem Wirtshaus brachte, der Bindewald sei dagewesen und käme am nächsten Nachmittag wieder, um den Handel mit dem Bürgermeister abzuschließen, da wurde der alte Mann wie wild. Er ließ sich nicht zurückhalten, so sehr ich ihm die Gefahr auch vorstellte, er möchte erkannt und festgehalten werden. Er müsse Abrechnung mit dem Schuft halten, der ihn ins Unglück gebracht habe... er ginge nicht mehr ins Zuchthaus zurück, aber der Bindewald müsse hinein, sagte er... um den Mittag ist er gestern schon ge-

gangen. Gerade wie es den Abend einläutete, kam ein Bote von ihm und brachte mir das Geld. Auf die Nacht wollte mein Vater wieder zurück sein, und wie er nicht wieder gekommen ist, da bekam ich es mit der Angst zu tun — und wie mein Mann heimkam, da ließ ich ihm keine Ruhe, weil ich den Gedanken nicht los wurde, der Bindewald möchte an dem alten Mann sich vergreifen haben. Hätte ich meinen Mann nur nicht fortgeschickt — nun hab' ich Unglück über ihn gebracht, und er ist doch so unschuldig an alledem wie das liebe Sonnenlicht!“

Mit ungläubiger Miene hatte der Amtsrat sie angehört. Als sie nun erschöpft verstummte und von neuem seine Arme umklammern wollte, wies er sie mit barscher Handbewegung zurück. „Wo war denn Ihr Mann am Nachmittag?“ fragte er. „Vermutlich hat er Ihren Vater begleitet?“

Sie schüttelte nur mit dem Kopfe. „Nein, o nein,“ sagte sie schwach. „Mein Mann war gar nicht gut auf den Vater zu sprechen, der würde uns nur in Ungelegenheiten bringen. Darum haberten wir schließlich noch miteinander — o Gott, es war der erste Streit zwischen uns — wir lebten immer so glücklich!“

Schluchzend wendete sie sich an den Gefesselten, der zwischen zwei Gendarmen stand. „O Hans, kannst du mir verzeihen?“ ächzte sie. „Ich hätte dir folgen sollen — aber sieh, er blieb doch immer mein Vater, auch wenn sich das Unglück und schlechte Menschen wider ihn verschworen hatten... und er sammerte mich so!“

„Nun, die Abneigung gegen Ihren Vater hat Ihren Mann doch nicht davon abgehalten, das Geld anzunehmen und davon Schulden zu bezahlen!“

„Mein Mann wußte nichts davon. Mein Vater schickte mir's wohl auch nur zum Aufbewahren. Aber ich wußte doch, wie es um meinen Mann stand... morgen sollte er schon ausgehändelt werden. Da lag ich ihn an, ich hätte die vierhundert Mark, deren er bedurfte, heimlich als Notpfennig verwahrt — o Gott,

so glauben Sie mir doch,“ schluchzte sie, als der Amtsrat nur verächtlich lächelte, „es ist die laudere Wahrheit — mein Mann wußte nichts von dem Geld, ich habe es doch in der Base dort vor ihm versteckt gehabt... so sage den Leuten doch, daß es so ist, lieber Hans,“ wendete sie sich an ihren Mann.

Martini wehrte ab. „Bemühen Sie sich lieber nicht, wir haben ohnehin keine Zeit mehr zu verlieren.“ Dann trat er unvermittelt dicht an den Verhafteten heran. „Jungniel!“ sagte er mit großem Ernst. „Ihre Frau erdichtet aus Liebe zu Ihnen ein Märchen — aber sie lügt, die Lüge steht ihr auf der Stirn geschrieben. Es ist auch zu ungereimtes Zeug, was sie spricht... wollen Sie nicht Mannes genug sein, der Wahrheit die Ehre zu geben und eine Tat zu bekennen, deren Verschuldung Sie jetzt schon so gut wie überführt sind? Sollte ich auch zur Verhaftung Ihrer Frau schreiten müssen? Denn wie die Sache jetzt liegt, werde ich kaum anders handeln können.“

Ein Schauer schüttelte die starken Glieder des Krämers. Mit unnatürlich weit geöffneten Augen starrte er den Richter an. „Meine Frau verhaftet — mein Denken?“ lachte er; es hatte den Anschein, als wollte er gewaltsam seine Bände zerreißen, um sich schirmend vor die Bedrohte stellen zu können. „Ruhig, Mann, hübsch vernünftig bleiben,“ mahnte der Amtsrat. „Ihre Frau trifft der dringende Verdacht der Mitschuld, wenigstens der Mitwisserschaft, und ich muß zu deren Verhaftung schreiten, wenn Sie nicht Mannesmut genug haben, ein klares, unumwundenes Schuldbekenntnis zu geben.“

Die Wirkung seiner Worte auf den Krämer war augenscheinlich gewaltig. Wie dem Zusammenbruch nahe, stumpsinnige Angst in den entstehenden Zügen, starrte er den Amtsrat an. „Kann ich eine Untat eingestehen, von der mein Herz nichts weiß?“ ächzte er dumpf. „Was ich sagen kann, das soll gern geschehen.“

(Fortsetzung folgt.)

ren zwischen dem 8. und 15. Dezember nicht unerheblich, denn es gab am 12. Dezember eine sehr kräftige Erholung, die aber nicht vorhielt und bis zum 15. nahezu wieder ausgeglichen war. 100 deutsche Mark kosteten am 15. Dezember in Zürich 2.85 (am 8. Dezember 2.65) Franken; in Amsterdam 1.51½ (1.41) Gulden; in Kopenhagen 2.95 (2.75), in Stockholm 2.35 (2.05) Kronen; in Wien 3697 (3497) Kronen; in London 7.70 (8.07½) Schilling und in Neu-York 0.53 (0.50½) Mark. Der Dollarkostete am letzten Donnerstag 182 Mark.

Börse. Es gab auch in dieser Woche im Börsengeschäft einige kräftige Rückschläge mit entsprechenden Kursstürzen. Dann aber trat wieder zu den gesunkenen Kursen etwas Aufschwung hervor. Schließlich kam sogar eine erholte Stimmung auf, die aber weniger durch Kurssteigerungen als durch eine Befestigung des Kursniveaus sichtbar wurde. Abzuwarten bleibt nun, wie die oben erwähnte Erklärung der deutschen Reichsregierung ihren Einfluss auf das Börsengeschäft geltend macht. Wir haben unsere Zahlungsunfähigkeit angezeigt, mußten sie anzeigen, weil wir eben in London mehr unterschrieben hatten, als zu halten in unserer Macht steht. England aber Deutschland für kreditunwürdig erklärt, aber nicht Deutschland an sich, sondern nur das mit solchen Zahlungsverpflichtungen belastete Land. Besonders wichtig ist die neueste Wendung für den Stand der festverzinslichen Anlagewerte, die vor ihrem Eintritt ruhig lagen: Prozentige Reichsschatzscheine 99 (unverändert), Kriegsanleihe 77.25 (unverändert).

Produktenmarkt. Die Preisermäßigung machte auch in dieser Woche wieder Fortschritte. Die Kaufkraft war sehr gering, in allen Abnehmerkreisen herrschte Zurückhaltung. In Berlin notierten am 15. Dezember Weizen 334-337 (-40), Roggen 267-270 (-20), Sommergerste 345-353 (-25), Hafer 262-266 (-25), Mais 268-270 (-40) M. Neu gilt in Süddeutschland gegenwärtig 120-130, Stroh 30-40 M., aber nur im Durchschnitt gerechnet, da die erfragten Preisangaben sehr verschieden ausfallen.

Warenmarkt. Der Ledermarkt war trotz des vorangegangenen Preisrückgangs auf den Höchstpunkten fest. Die Textilfabrikanten halten ebenfalls noch auf hohe Preise, da sie sehr teures Material verarbeiten müssen und höhere Löhne bezahlen. Tatsache ist, daß die Preise an der Börse noch zwei- bis dreimal höher sind als die Lagerpreise unserer guten Geschäfte. Nachfabrik hat sogar wieder teilweise angezogen und nur teilweise wieder abgeklungen. Wie die Zahlungsunfähigkeit des Reichs gegenüber der Entente auf das Warengeschäft wirken wird, ist noch gar nicht abzuschätzen.

Richtmaß. Lage unverändert.
Holzmarkt. Andauernd feste Stimmung. Langhölzler erzielt 400 Prozent der Grundpreise. Unfortierte Bretter kosteten neulich noch 1250-1500 M. ab Sägewerk.

Württemberg.

Stuttgart, 18. Dez. (Die Staatszuschüsse für die Geistlichen.) Im Finanzausschuß des Landtags wurde über die Ergänzung der Bezüge der evang. und kath. Geistlichen beraten. Kultminister Dr. Nieber erklärte, es bestehe tatsächlich in den Pfarrhäusern große Not. Die Staatskasse habe vorerst noch bis 1. April 1923, bis die Kirchensteuern eingezahlt seien, für die Erhöhung der Bezüge einzutreten. Der frühere Maßstab der prozentualen Verteilung zwischen beiden Konfessionen sei nicht mechanisch durchzuführen. Die kath. Kirche halte grundsätzlich an der Forderung der Gleichstellung der kath. und evang. Geistlichen fest. Dem könne nicht stattgegeben werden, aber man wolle auch den Unterschied, der in der Gehaltsleistung des Staats bestehe, nicht wieder in voller Schärfe zum Vorschein kommen lassen. Von den vorgeschlagenen 26 Mill. M. entfallen 9 Mill. auf die kath. Kirche. Das Ministerium werde von den kirchlichen Behörden eine Erklärung verlangen, daß aus der vorliegenden Regelung keine weiteren rechtlichen Ansprüche abgeleitet werden. Gegen die Stimmen der Unabhängigen und bei Enthaltung der Sozialdemokraten wurde der Gesetzentwurf angenommen.

80. Geburtstag. Varrer a. D. D. Ad. Kinzler in Cannstatt hat in der Stille seinen 80. Geburtstag gefeiert. Er ist in weiten Kreisen bekannt als früherer theologischer Lehrer am Kaiser-Wilhelms-Haus.

Gegen die Tarifierhöhungen. Der Württ. Handelskammertag hat einstimmig gegen die neuesten Erhöhungen der Post- und Eisenbahntarife Verwahrung eingelegt.

Vom Tage. Im Hause Ede Gymnasium- und Note Strohe, in dem die Firma Philipp ein Möbelfabrikat betreibt, brach heute früh in der Malerwerkstätte im dritten Stock ein Brand aus, der indessen bald bewältigt werden konnte. Der Schaden soll erheblich sein.

Fellbach, 18. Dez. (Gesprengte Amtsversammlung.) In der Amtsversammlung für den Oberamtsbezirk Cannstatt kam es am Freitag zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Eingemeindungsfrage. Waren schon in der Vormittagsitzung die Vertreter von Fellbach und Oberföhrheim über diese Frage mehrmals aneinandergeraten, und hatten die Oberföhrheimer zuletzt bei den Abstimmungen sich nicht mehr beteiligt, so gingen nachmittags die Wogen der Erregung so hoch, daß nach einer fünfständigen Beratung die sozialdemokratischen und demokratischen Oberföhrheimer Mitglieder und ihre Freunde sich entfernten und die Versammlung beschlußunfähig wurde. Diese wurde darauf durch den Vorsitzenden geschlossen.

Übingen, 18. Dez. (Wieder im Amt.) Oberbürgermeister Dr. Müllerberger ist von der Influenz-erkrankung, die ihn vor 4 Monaten auf das Krankenlager warf, nun vollständig genesen und hat sein Amt wieder übernommen.

Großbottwar, 18. Dez. (Auch im Tode vereint.) In schweres Leid wurden die Angehörigen der Familie Gottlieb durch den Tod der Frau am Mittwoch durch die Mutter der Familie nach sechsstägiger Krankheit und am Donnerstag nach längerer Krankheit der Vater der Familie. Beide wurden miteinander beerdigt.

Detishheim, M. Maulbronn, 18. Dez. (Brandkatastrophe.) Am Donnerstag früh drohte hier zum drit-

tenmal in dieser Woche Feuer auszubrechen und zwar im alten Schul- und früheren Rathaus, wo Oberlehrer Böhm nach Bruchung des oberen Schulhauses bei einem Kollegen Unterkunft gefunden hat. Das im Dachstuhl gelegte Feuer konnte diesmal rechtzeitig unterdrückt werden. Als der Brandstiftung dringend verdächtig wurde das aus Zippingen bei Biorzh im flammende 16jährige Dienstmädchen des Oberlehrers festgenommen, das auch die Tat eingestand.

Sigmaringen, 18. Dez. (Spende.) Fürst Wilhelm von Hohenzollern hat zugunsten der Erziehungsanstalten für künftige Priester dem Erzbischof in Freiburg 30 000 Mark zugunsten lassen und dem St. Fidelishaus in Sigmaringen 3000 M. gespendet.

Schramberg, 18. Dez. (Vom Rathaus.) Der Gemeinderat genehmigte die Gehälter der städtischen Beamten und Angestellten nach den staatlichen Sätzen. Wegen manglender Kohlenlieferung muß für das städt. Gaswerk die teure Saarkohle bezogen werden. Infolgedessen kostet ab 1. Januar der Kubikmeter Gas 4 M., für die Industrie 6 M.

Rückgang des Ernteertrags in Württemberg.

Die Ernteergebnisse des Jahres 1920 sind gegen 1913 bei allen Getreidearten und bei Kartoffeln im ganzen Deutschen Reich um rund ein Drittel zurückgegangen. Das hat in der Hauptsache seinen Grund darin, daß während der Kriegsjahre Raubbau getrieben worden ist und daß auch heute noch nicht wieder so viel Kunstdünger in Anwendung gebracht werden kann, wie nötig ist, um solche Ernten zu erzielen, wie wir sie vor dem Kriege hatten.

In Württemberg wurden im Jahre 1920

	gerundet Tonn.	zu je 20 Ztr.	v. jed. Hekt.	Tonnen:
Winterweizen	86 097	(75 465)	1,36	(1,93)
Sommerweizen	10 481	(14 081)	1,16	(1,61)
Winterroggen	32 637	(52 316)	1,19	(1,57)
Sommerroggen	1 238	(5 552)	0,92	(1,19)
Gerste	110 647	(173 444)	1,29	(1,75)
Hafer	129 726	(260 974)	1,29	(1,75)
Kartoffeln	753 171	(1 080 192)	10,56	(10,56)

Zum Vergleich sind die entsprechenden Zahlen des Jahres 1913 in Klammern beigelegt.

Württemberg steht noch verhältnismäßig günstig da gegenüber anderen Ländern Deutschlands, wo der Rückgang auf jeden Hektar noch erheblicher ist.



Badischer Landtag.

Karlsruhe, 15. Dez.

Nach längerer Pause trat der Landtag am Donnerstag nachmittag wieder zusammen. Der erste Teil der Sitzung war mit der Beantwortung mehrerer kleiner Anfragen ausgefüllt. Dabei wurde u. a. mitgeteilt, daß die Braunkohlenlager in den Häfen von Karlsruhe und Mannheim nur kleine Reserven darstellen und daß augenblicklich keine Auszubewilligungen mehr für die Holz- und Kohlenindustrie erteilt werden.

Der Gesetzentwurf über das vereinfachte Enteignungsverfahren wurde in beiden Lesungen einstimmig angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Aenderung der badischen Beamtengesetze (Aenderung der Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge) wurde von mehreren Rednern als unsozial bezeichnet und betont, das Sperrgesetz hindere leider, die Wünsche des Beamtentums respektlos zu erfüllen. Finanzminister Köhler führte aus, die Beamten, die sich jetzt im Ruhestand befinden, werden in sehr vielen Fällen erhöhte Gehälter beziehen. Für die Zwangs-pensionäre werde alles tun, um den Wünschen des Landtags Berlin gegenüber Geltung zu verschaffen.

Hierauf wurde das Gesetz in 1. und 2. Lesung einstimmig angenommen, doch stimmten die Kommunisten gegen die Eira Bestimmungen.

Karlsruhe, 16. Dez.

Der Landtag befaßte sich in seiner heutigen Vormittags-sitzung mit dem Gesetzentwurf über die Landes-elektrizitätsversorgung. Berichterstatter war Abg. Marum (Soz.). Darnach soll das Grundkapital des Badenwerks von 30 auf 100 Millionen erhöht und die erforderlichen Mittel im Weg des Staatskredits aufgebracht werden. Das Schlachtfeldwerk soll ausgebaut werden. Das Bauprogramm sieht außerdem den Ausbau des Murgwerks, des Rheinkraftwerks, des Niederschwarz-badwerks und des Mannheimer Großkraftwerks vor. In der Aussprache wurde von Abg. Mayer (D.Nat.) auf die schwere finanzielle Belastung des Landes hingewiesen. Abg. Duffner (Ztr.) führte aus, da der Staat Haupt-aktionär des Unternehmens sei, sei die Befreiung hin-fällig, daß die Obligationen Spekulationspapiere werden könnten. Es wurde dann noch angeregt, daß von den bestehenden Werken größere Werke abgeschrieben werden müßten. Mit billigen Kohlen und einem Steigen

des Geldwerts sei in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Der Gesetzentwurf wurde in beiden Abstimmungen ein-stimmig angenommen.

Das Gesetz über die Kulturverbesserungen wurde einstimmig bis 31. März 1926 verlängert.

Die Beratung über die Besteuerung des Wanderge-werbes wird mit einer deutschnationalen förmlichen An-frage über die Auswüchse im Hausier- und Wanderlager-betrieb verbunden.

Der Gesetzentwurf über die Besteuerung des Wanderge-werbes wurde in 1. und 2. Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen angenommen. Darauf vertagte sich der Landtag auf nachm. ¼ 4 Uhr.

Karlsruhe, 18. Dez. Die Zahl der Kandidaten der evangel. Theologie ist fortwährend in starkem Wachsen begriffen. Die Ausichten im evang. Kirchen-dienst in Baden gestalten sich infolgedessen wieder un-günstiger. Nichtadener werden nicht mehr in den badi-schen Kirchendiensten aufgenommen werden können.

Freiburg, 18. Dez. Als Maßnahme die die Fleischsteuerung hat die Schlachthofdirektion die Einfuhr von ungarischem und jugoslawischem Fleisch beschlossen, das erheblich unter den hiesigen Marktpreisen erhält-lich ist.

Lokales.

— **Gegen die neue Postvertenerung.** Dem Reichstag sind, wie uns aus Berlin gemeldet wird, zahlreiche Eingaben aus allen Wirtschaftskreisen zugegangen, in denen gegen die neue maßlose Verteuerung des Ver-kehrs protestiert wird.

— **Ermäßigung der Auslandspostgebühren.** Die Bef-ferung des deutschen Marktkurses ermöglicht es, vom 15. Dezember an bis auf weiteres im Auslandsverkehr die Gewichts- und Versicherungsgebühren für Pakete sowie die Telegrammgebühren nach dem Verhältnis von 1 Goldfrank = 36 M. zu erheben, d. h. gegen-über dem bisherigen Umrechnungsverhältnis von 1 Goldfrank = 48 M. eine Ermäßigung von 25 v. H. ein-treten zu lassen. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Briefen und Paketen nach dem Ausland maßgebend. Ueber die Einzelheiten ge-ben die Postanstalten Auskunft. Auch für Ferngespräche nach dem Ausland werden entsprechend ermäßigte Ge-bühren erhoben.

— **Kein Fleischmangel.** Der Fleischverbrauch nähert sich in rasch ansteigender Linie immer mehr wieder normalen Friedenszuständen. Das ersieht man aus den Zahlen der Tiere, an denen die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vorgenommen worden ist. Es waren dies im dritten Vierteljahr 1921 (verglichen mit dem drit-ten Vierteljahr 1913) in ganz Württemberg: 668 (258) Pferde, 2496 (4402) Ochsen, 3794 (4039) Bullen, 12 294 (10 159) Kühe, 23 297 (25 254) Jungrinder, 42 333 (47 526) Kälber, 32 734 (128 597) Schweine, 7529 (4900) Schafe und 1166 (1337) Ziegen.

— **Fahrpreisermäßigungen für Studenten.** Der Reichstagsausschuß für Bildungswesen hat beim Reichs-tag den Antrag gestellt, die Reichsregierung zu er-suchen, den deutschen Studenten für die Fahrt von und zur Hochschule die gleiche Ermäßigung wie den Arbeitern bei der Fahrt von und zur Arbeitsstelle zu gewähren und die Eisenbahnpersonentarife so zu ge-stalten, daß die Entwicklung der Jugendpflege und der kulturellen Bestrebungen nicht behindert wird.

— **Handwerkerkurse.** Das Landes-amerbeamt wird in den Monaten Januar, Februar und März 1922 in Stuttgart und bei genügender Beteiligung (minde-stens 15 Teilnehmer) auch an anderen geeigneten Orten des Landes Kurse abhalten lassen für Schreiner, Wagn-er, Tapezierer, Sattler, Maler, Kleidernäherinnen, Damenschneider und Damenschneiderinnen, Herren-schneider, Schuhmacher und Bugmacherinnen.

— **Weihnachtsfeier.** Trozdem die Stunden von 3 bis 7 Uhr an einem Werktag für eine feierliche Veranstaltung recht ungünstig liegen, war die für diese Zeit angelegte Weihnachtsfeier der Höheren Reform-Lehranstalt Wildbad am Donnerstag so reich besucht, daß der geräumige Saal der „Alten Linde“ schon vor Beginn bis auf den letzten Platz besetzt war. Schiden wir gleich voraus, daß über die Veranstaltung nur eine Stimme des Lobes herrschte, daß jeder Einzelne voll auf seine Kosten kam und mit Genugtuung auf die verbrachten Stunden zurückschauen wird. Die Leistungen waren durchweg vorzüglich. Es ist nicht möglich, die Spieler und Mitspieler (insgesamt etwa 60) mit Namen aufzuführen, da der für den Bericht zur Verfügung stehende Raum nicht ausreichen würde. Immerhin ist es Pflicht, wenigstens die Namen der Hauptbeteilig-ten bekanntzugeben. Zunächst verdienen Herr Oberlehrer Gohle und Frau S. Wihler für die unermüdlige Arbeit, die sie seit 6 Wochen auf die Einstudierung der 20 Programmnummern verwendet haben, lobende Heroo-hebung. Neben ihnen hat Herr Dr. Hans Fischer, dessen Name in musikalischen Kreisen den besten Klang hat, sich uneigennützig und mit prachtvollem Anflug in den Dienst der guten Sache gestellt. Ebenso Vorzügliches leisteten seine beiden Kinder Wolfgang und Renate Fischer, sei es durch ihr Flöte-, sei es durch ihr Bio-linenspiel. Am Klavier taten sich der Oberprimaner De vries, als Violin-Mitspieler der Unterprimaner Kleinschmidt, der Obertertianer Ritzinger, der Untertertianer Reichert u. s. w. hervor. Mit herzinnigen Nuancen wirkte das liebliche Weihnachtsstück in zwei Akten: „Das verirrte Weihnachtspüppchen“, sowie im Anschluß daran das „Lebende Weihnachtspüppchen“, während im nachstößigen Teile die Aufführung des Theaterstückes: „Das fidele Gefäng-nis“ wahre Lachsalven auslöste. Von allen Seiten wurde die Bitte geäußert, es möchte der gesamten Wildbader Jugend eine Aufführung der beiden Stücke geboten werden. Wie wir hören, soll wenn irgend möglich, diesem Wunsche nach Rückkehr der Schüler und Schülerinnen aus den Weihnachtsferien entsprochen werden. Eintrittsgeld wird dann ebenso wenig wie bei der Hauptaufführung erhoben werden. In die prachtvollen deklamatorischen Vorträge, worunter namentlich die patriotischen von Wolf-gang Fischer, Werner Thiel und das eigene Ge-dicht „An die Deutschen!“ des Untersekundaners Difer,

mann fürmischen Applaus fanden, wurde eine kleine Ansprache des Direktors der Anstalt eingeflochten, in der er die Namen der durch einstimmigen Beschluß des Lehrerkollegiums als fleißigste Schüler der Anstalt bezeichneten Scholaren bekanntgab und die für vorbildlichen Fleiß und gute Leistungen bestimmten Preise ausstellte. Mit Prämien wurden ausgezeichnet: 1. Der Primaner Prinz Leopold Bernhard zur Lippe von Detmold; 2. der Untersekundaner Walter Pfeiffer von Wildbad; 3. der Obertertiärer Eugen Haubensal von Döbel; 4. der Untertertiärer Karl Dörner von Stuttgart; 5. die Quartanerin Carmen Müller-Schaber von Wildbad, sowie 6. der Quintaner Hans Held von Rotenbach. Belobigungen erhielten: 1. Der Obersekundaner Werner Thiel aus Duisburg; 2. der Untersekundaner Ludwig Weber aus Köln; 3. der Obertertiärer Helmuth Tiepolt aus Wildbad; 4. der Untertertiärer Karl Ruff aus Denbach; 5. der Quartaner Helmut Schloer aus München-Pasing und 6. der Quintaner

Richard Dörner aus Stuttgart. Mit ihrer Weihnachtsfeier hat die Reformschule den Beweis geliefert, daß sie mit ihren Schülern nicht nur gediegene, erfolgreiche Arbeit leistet, sondern auch mit der Einführung ihrer Tätigkeit ins praktische Leben auf der Höhe der Zeit steht! S.

Handel und Verkehr.

Die unendliche Preisfrage. Die Konvention der Erzeuger von Glühstrümpfen hat eine weitere Preiserhöhung für den Handel von 85 Pfg. für den Glühstrumpf einreden lassen. — Der Verband Deutscher Holzwaschmaschinen- und Wäschemangelfabriken in Leipzig erhöhte die Verkaufspreise um 25 Prozent. — Der Verein der deutschen Tintenfabriken in Halle, der bereits Mitte November die Tintenpreise um 20 Proz. erhöhte, hat sie nochmals ab 6. Dezember um weitere 20 Proz. erhöht. — Der Verein der Briefumschlagfabriken erhöhte den Verkaufspreis auf 100 Prozent, die Druckpreise um 50 Proz., die Ausstattung um 60 Prozent.

Das württembergische Bankwesen. Die begreifliche Erregung des Publikums nach den Kursstürzen und den Bankzusammenbrüchen hat zu Gerüchten über Schwierigkeiten süddeutscher Bankhäuser geführt, die leicht gefährlich werden können. Die „Südd. Ztg.“ hat daher an zuständigen Stellen Rundfrage wegen möglicher Schwierigkeiten gehalten und kann versichern, daß unter den württembergischen größeren Banken, auch unter den Zweigstellen der Großbanken keine ist, die irgendwie in Schwierigkeiten wäre. Jemand, welcher Grund zur Beunruhigung liege also nicht vor.

Zum Pfälzer Bankrott. Die „Bayerische Staatsztg.“ bringt die Nachricht, daß es nicht ausgeschlossen sei, daß Aktienkäufe der Pfälzischen Bank durch Entente-Kreise zu bewerkstelligen versucht werden. Man spreche in gewissen Kreisen davon, daß sich fremde Kapitalistenkreise für die Pfälzische Bank interessieren. Nichts wäre natürlicher als dies. Die Pfälzische Bank unterhält im besetzten Unterheinischen Gebiet ein ausgebautes Filialnetz und den Franzosen könnte nichts gelegener kommen, als sich ins warme Nest zu setzen, das die Deutschen abgebaut haben.

Christbaum-Verkauf.

Am Mittwoch, den 21. Dezember 1921, nachmittags 1—2 Uhr werden im Hofe der Kleinkinderschule

Christbäume in 3 Losen

zum Preise von Mk. 1.50, 2 und 2.50 gegen Vorzahlung abgegeben. Das Geld ist abgezahlt bereit zu halten.

Wildbad, den 20. Dezember 1921.

Stadtpflege.

Die nächste

Mütterberatungsstunde

findet am Mittwoch, den 21. ds. Mts. (anstatt 28.) von 2—3 Uhr in der Wilhelmschule statt.

Schw. D. Ueber, Bezirksfürsorgerin.

Evang. Volksbund Wildbad.

Montag, den 19. Dezember, abends 8 Uhr, im Saale der „Alten Linde“:

Volkstümlicher Liederabend im Weihnachtslicht

der Kammerjängerin Frl. Meta Diestel aus Stuttgart, unter Mitwirkung von Frl. Martha Schnizer aus Ehlingen.

Wir laden unsere Mitglieder sowie alle Freunde volkstümlicher Kunst herzlich ein. Der Eintritt ist für unsere Mitglieder frei. Für Nichtmitglieder Eintrittspreis (einschl. Steuer) Mk. 2,20. Kein Trinkzwang!

Der Ausschuß.

Forstamt Wildbad.

Schotter-Alford.

Am Dienstag, den 20. Dezbr. 1921, nachm. 4 Uhr auf dem Christofshof im „Auerhahn“ wird das Brechen und Kleinschlagen von ca. 140 cbm Sand- und Granitsteinen auf verschiedene Wege in der Kollwasserhüt im öffentlichen Abstreich vergeben.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben kleinen

Elfa

sagen hiemit herzlichen Dank

Familie Wilhelm Maier.

Haus-Verkauf.

Hübsches, neuverbautes Anwesen mit 4 Zimmer, Küche, Kammer, Speicher, Stall, Holzraum, Keller, Wasserleitung, in freier schöner Lage, 20 Min. von der Stadt entfernt, mit 1/2 Morgen Acker und Wiese, preiswert zu verkaufen. (Weihnachtsgeschenk).

Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Blattes.

Elektro-Motor,

1/4 bis 1 P.S. sofort

zu kaufen gesucht.

Angebote mit Preis unter G 286 an die Tagblatt-Geschäftsstelle erbeten.



Ata eignet sich für alle Küchengeräte besonders auch für Ofen, Badewannen, Klosetts, Marmor, Steinböden. Hersteller: Henkel & C^o Düsseldorf.

Zum Hausschlachten

empfiehlt sich
Friedr. Läßle,
Lalenbergstraße.

Stearinwagenkerzen,
Weihnachts-Kerzen
Drogerie A. & W. Schmit.

Zu verkaufen:

1 Paar Damenstiefel, hochsch., gelb mit schwarzem Lackbesatz, Größe 38, wie neu. Zu erfr. in d. Geschäftsst.

Turn-Verein Wildbad.

Heute abend 8 Uhr
Probe

in der alten Linde. Pünktliches Ersch. dring. notwendig.

In 4 Wochen 10 000 Stück verkauft!

Jetzt 11.—15. Tausend!

Von Hermine Kiehnle, der langjährigen Vorsteherin der Kochschule 1 des Schwäbischen Frauen-Vereins in Stuttgart erschien soeben das

Kiehnle-Kochbuch

(Kleine Ausgabe für einfache bürgerliche Küche)

1040 erprobte und bewährte Rezepte für die bürgerliche schwäbische Küche (auch Krankenkost, Baden, Einmachen von Obst und Gemüse, Getränke usw.). Enthält außerdem noch einen Nachtrag für fleischlose Tage (gehaltene und süße Gerichte) und einfache Rezepte für Torten, Kuchen und Kleingebäck. Wertvoll sind die vielen praktischen Ratsschläge für den Haushalt (Reinhalten der Küche, Herstellung einer einfachen Kochliste), der Speisezetteln für 6 Wochen usw. usw.

Fein und dauerhaft mit Leinwandrücken gebunden nur Mk. 33.—

Die Verfasserin ist landauf u. landab durch ihre Tätigkeit und das früher unter dem Titel herausgegebene Kochbuch des Schwäbischen Frauen-Vereins

wohlbekannt und geschätzt. Diese kleine Ausgabe ist besonders für den einfachen bürgerlichen schwäbischen Haushalt bestimmt. Alle Rezepte sind erprobt und den Anforderungen der Neuzeit angepaßt. Das Kiehnle-Kochbuch entspricht tatsächlich den täglichen praktischen Erfahrungen. Jede Hausfrau findet darin vieles Neue; jede Anfängerin kann ohne weiteres darnach kochen. Darum wurde dieses Kochbuch schon längst erwartet, denn es ist eine Fundgrube praktischer Erfahrung für alle Hausfrauen und darf in keinem Haushalte fehlen. Der beispiellos große Erfolg spricht für die Güte dieses Kochbuches. Scheuen auch Sie die geringen Anschaffungskosten nicht, die Erfahrungen, die das Kiehnle-Kochbuch bietet, entschädigen Sie reichlich dafür! Es ist das schönste Geschenk für alle Gelegenheiten!

Bestellschein.

In offenem Briefumschl. m. Aufsicht. „Bücherzettel!“ Porto nur 15 Pfg. Hiemit bestelle ich von A. Holsch & Co., Buchhandlung in Stuttgart, Rotenbühlstraße 133 Fernspr. Nr. 12586 und 12587. Giro-Konto Stadt. Sparkasse Stuttgart Nr. 4724. Postcheck-Konto: Stuttgart Nr. 6775.

St. Kiehnle-Kochbuch (Kleine Ausg.), 1040 Rezepte f. d. einf. bürg. Küche. nur Mk. 33.— Betrag ist nachzunehmen — folgt gleichz. dch. Post. Porto für jedes Stück Mk. 1.—

Name:

Genaue Adresse:



Fußball-Berein Wildbad

vereinigter Fußball- und Sport-Berein

Am Sonntag, den 25. Dezember (Christfest) findet in der Turnhalle unsere

Weihnachts-Feier

verbunden mit musikalischen und theatralischen Aufführungen sowie Gabenverlosung statt.

Die verehrlichen Ehren- und passiven Mitglieder, sowie die Angehörigen unserer gefallenen Mitglieder nebst Freunde und Gönner unserer Sache werden mit ihren Familien-Angehörigen freundlichst eingeladen.

Der Ausschuß.

Freiwillige Gaben zur Verlosung werden vom Vorstand und Kassier Pöfler dankend entgegengenommen. — Saalöffnung 6 Uhr. Beginn 7 Uhr.

Programm an der Kasse.



Damen- und Mädchen-Bekleidung.

Mäntel, Kostüme, Taillekleider, Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.

C. Berner, Pforzheim,

Ecke Metzger- u. Blumenstr.